

**No. 38960**

---

**Austria  
and  
Switzerland**

**Agreement between the Republic of Austria and the Swiss Confederation for the avoidance of double taxation in the field of taxes on income and on capital as well as inheritance taxes (with final protocol). Berne, 12 November 1953**

**Entry into force: 14 October 1954, in accordance with article 16**

**Authentic text: German**

**Registration with the Secretariat of the United Nations: Austria, 4 November 2002**

---

**Autriche  
et  
Suisse**

**Accord tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu, sur la fortune et sur les successions entre la République d'Autriche et la Confédération suisse (avec protocole final). Berne, 12 novembre 1953**

**Entrée en vigueur : 14 octobre 1954, conformément à l'article 16**

**Texte authentique : allemand**

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Autriche, 4 novembre 2002**

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Erbschaftssteuern.**

Die Republik Österreich und die Schweizerische Eidgenossenschaft sind, vom Wunsche geleitet, die Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Erbschaftssteuern nach Möglichkeit zu vermeiden, übereingekommen, ein Abkommen abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich: den Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen Dr. J. Stangelberger;

Der Schweizerische Bundesrat: den Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung Dr. E. Wyss.

Die Bevollmächtigten haben, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter

und gehöriger Form befunden haben, folgendes vereinbart:

**I. ABSCHNITT**

**Zweck und Umfang des Abkommens**

**Artikel 1**

(1) Dieses Abkommen soll den Steuerpflichtigen der beiden Staaten Schutz vor der Doppelbesteuerung gewähren, die sich ergeben könnte aus der gleichzeitigen Anwendung der österreichischen und der schweizerischen Gesetze über die ordentlichen und außerordentlichen Steuern:

- a) vom Einkommen und vom Vermögen;
- b) von Erbschaften beim Ableben einer Person, die im Zeitpunkt ihres Todes in einem der beiden Staaten ihren Wohnsitz hatte.

(2) Im Sinne dieses Abkommens gelten als Steuern:

- a) vom Einkommen und vom Vermögen solche Steuern, die auf Grund der österreichischen oder der schweizerischen Gesetzgebung vom Gesamteinkommen oder Teilen desselben und vom Gesamtvermögen oder Teilen desselben erhoben werden, mit Einschluß der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens (Kapital- und Liegenschaftsgewinn) sowie vom Wert- und Vermögenszuwachs;
- b) von Erbschaften solche Steuern, die auf Grund der österreichischen oder der schweizerischen Gesetzgebung von Todes wegen in Form von Erbanfall- oder Nachlaßsteuern erhoben werden.

\*) Das Abkommen bezieht sich auf die für Errichtung eines der beiden Staaten, der Länder, Kantone, Bezirke, Kreise, Gemeinden und der Gemeindeverbände erhobenen, insbesondere auf die in den Anlagen I (österreichische Gesetzgebung) und II (schweizerische Gesetzgebung) angeführten Steuern sowie auf künftige Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die neben diese oder an deren Stelle treten. Es gilt auch für Steuern, die in Form von Zuschlägen erhoben werden.

## II. ABSCHNITT

### Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

#### Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes anordnet, werden Einkommen und Vermögen nur in dem Staate besteuert, in dem die Person, der das Einkommen zufüllt oder das Vermögen zu steht, ihren Wohnsitz hat.

Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens hat eine natürliche Person da, wo sie eine ständige Wohnung hat und regelmäßig verweilt. Unter mehreren derartigen Orten gilt derjenige als Wohnsitz, zu dem die stärksten persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen bestehen (Mittelpunkt der Lebensinteressen). Ist ein solcher Mittelpunkt der Lebensinteressen nicht im gegenseitigen Einvernehmen feststellbar, so bestimmt sich der Wohnsitz nach Absatz 3.

(2) Liegen die Voraussetzungen des Absatzes 2 in keinem der beiden Staaten vor, so gilt als Wohnsitz einer natürlichen Person der Ort ihres dauernden Aufenthaltes. Einen dauernden Aufenthalt im Sinne dieser Bestimmung hat jemand da, wo er sich unter Umständen aufhält, die auf die Absicht schließen lassen, dort nicht nur vorübergehend zu verweilen. Ist in beiden oder in keinem der beiden Staaten ein dauernder Aufenthalt gegeben, so werden sich die obersten

Verwaltungsbehörden von Fall zu Fall verständigen.

(4) Bei Anwendung dieses Abkommens bestimmt sich der Wohnsitz (Sitz) der juristischen Personen sowie der Personengesellschaften und Personenvereinigungen ohne juristische Persönlichkeit nach der Steuergesetzgebung jedes der beiden Staaten. Ergibt sich daraus ein Sitz in jedem der beiden Staaten, so ist der Ort der wirklichen Leitung entscheidend.

#### Artikel 3

(1) Unbewegliches Vermögen (einschließlich Zubehör sowie des einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienenden lebenden und toten Inventars) und Einkünfte daraus (mit Einschluß des Ertrages aus land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben) werden nur in dem Staat besteuert, in dem sich dieses Vermögen befindet.

(2) Berechtigungen, auf welche die privatrechtlichen Vorschriften über Grundstücke Anwendung finden, und Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen, sowie die Rechte auf feste oder veränderliche Vergütungen für die Nutzung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen (zum Beispiel Erdöl-Bruttoanteile), sind dem unbeweglichen Vermögen gleichzustellen.

(3) Hypothekarisch (grundpfändlich) sichergestellte Forderungen sowie Einkünfte daraus werden nur in dem Staat besteuert, in dem das belastete Grundstück liegt. Jedoch findet die Bestimmung von Artikel 2, Absatz 1, Anwendung:

- a) auf hypothekarisch sichergestellte Anleihenobligationen und auf Einkünfte aus solchen Forderungen;
- b) auf hypothekarisch sichergestellte Forderungen, die einer Unternehmung der in Artikel 4 bezeichneten Art zustehen, und auf Einkünfte aus solchen Forderungen, es sei denn, die Forderung bilde Bestandteil des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte, die sich in dem Staat befindet, in welchem das belastete Grundstück liegt.

(4) Was als unbewegliches Vermögen oder als Zubehör gilt, und was als dem unbeweglichen Vermögen gleichgestellte Berechtigung oder als Nutzungsrecht anzusehen ist, beurteilt sich nach den Gesetzen des Staates, in dem der Gegenstand liegt.

#### Artikel 4

(1) Betriebe von Handel, Industrie und Gewerbe jeder Art sowie Einkünfte daraus, mit Einschluß der bei der Veräußerung des Betriebes oder eines Teiles davon erzielten Gewinne, werden nur in dem Staat besteuert, in dessen Gebiet die Unternehmung eine Betriebsstätte hat. Dies gilt auch dann, wenn die Unternehmung ihre Tätigkeit auf das Gebiet des andern Staates erstreckt, ohne dort eine Betriebsstätte zu haben.

(2) Betriebsstätte im Sinne dieses Abkommens ist eine ständige Geschäftseinrichtung der Unternehmung, in der die Tätigkeit dieser Unternehmung ganz oder teilweise ausgeübt wird. Als Betriebsstätten sind insbesondere anzusehen: der Sitz der Unternehmung, der Ort der Leitung, die Zweigniederlassungen, die Fabrikations- und Werkstätten, die Verkaufsstellen, die Warenlager und andere Handelsstätten, die den Charakter einer ständigen Geschäftseinrichtung haben, sowie ständige Vertretungen.

(3) Unterhält die Unternehmung Betriebsstätten in beiden Staaten, so wird jeder Staat nur das Vermögen besteuern, das der auf seinem Gebiet befindlichen Betriebsstätte dient, und nur die Einkünfte, die durch diese Betriebsstätte erzielt werden.

(4) Wie Betriebe im Sinne des Absatzes 1 sind auch offene oder stille Beteiligungen an einer gesellschaftlichen Unternehmung zu behandeln, mit Ausnahme der Beteiligungen in Form von Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Obligationen mit Gewinnbeteiligung, sonstigen Wertpapieren sowie der Anteile an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

#### Artikel 5

Unternehmungen der Schiff- oder Luftfahrt sowie die Einkünfte daraus werden nur in dem Staat besteuert, in dem sich die Leitung der Unternehmung befindet.

#### Artikel 6

(1) Einkünfte aus freien Berufen von Personen, die in einem der beiden Staaten Wohnsitz haben, werden im andern Staat nur insoweit besteuert, als der Erwerbende dort seine Berufstätigkeit unter Benützung einer ihm regelmäßig zur Verfügung stehenden ständigen Einrichtung ausübt.

(2) Die in einem der beiden Staaten durch selbständige Berufsausübung erzielten Einkünfte von (Bühnen-, Radio-, Fernseh-, Film-) Schauspielern, Musikern, Artisten, Sportlern u. dgl. werden jedoch in diesem Staat ohne Rücksicht darauf besteuert, ob der Erwerbstätige hier eine der Berufsausübung dienende und ihm regelmäßig zur Verfügung stehende ständige Einrichtung benützt. In Härtefällen werden die obersten Verwaltungsbehörden der beiden Staaten nach Artikel 14 vorgehen.

(3) Das in ständigen Einrichtungen angelegte, der Ausübung eines freien Berufes dienende bewegliche Vermögen unterliegt der Besteuerung nur in dem Staat, in dem sich diese Einrichtungen befinden.

#### Artikel 7

(1) Einkünfte aus unselbständiger Erwerbstätigkeit werden vorbehaltlich der Artikel 8

und 9 nur in dem Staate besteuert, in dessen Gebiet die persönliche Tätigkeit ausgeübt wird, aus der sie herrühren.

(2) Natürliche Personen, die ständig oder vorwiegend an Bord von Schiffen oder Flugzeugen einer Unternehmung der Schiff- oder Luftfahrt eines der beiden Staaten Dienst leisten, gelten bei Anwendung der Bestimmungen des Absatzes 1 als in demjenigen der beiden Staaten erwerbstätig, in dem sich die Leitung der Unternehmung befindet.

(3) Hält sich eine in einem der beiden Staaten angestellte Person aus beruflichen Gründen vorübergehend, aber jeweils nicht länger als ein Jahr, im Gebiete des andern Staates auf, so wird sie hier von der Steuer vom Arbeitseinkommen befreit, selbst wenn diese Steuer an der Quelle erhoben wird, sofern die Erwerbstätigkeit für Rechnung eines Arbeitgebers ausgeübt wird, der in diesem Staate weder einen Wohnsitz noch eine Betriebsstätte hat. In diesem Falle steht das Besteuerungsrecht dem Staate zu, in dem die Person angestellt ist.

(4) Auf Grund früherer Dienstleistungen einer unselbstständig erwerbstätigen Person gewährte Ruhegehälter, Witwen-, Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile werden vorbehaltlich Artikel 8 nur im Staate besteuert, in dem der Empfänger seinen Wohnsitz hat.

(5) Einkünfte aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit solcher Personen, die in dem einen Staat in der Nähe der Grenze ihren Wohnsitz und im andern Staat in der Nähe der Grenze ihren Arbeitsort haben und sich an jedem Arbeitstag dorthin begeben (Grenzgänger), werden in dem Staate besteuert, in dem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat. Der Staat des Arbeitsortes ist jedoch berechtigt, von den erwähnten Einkünften eine Steuer von höchstens ein Prozent im Abzugsweg an der Quelle zu erheben. So weit eine solche Steuer erhoben wird, wird sie der Staat des Wohnsitzes auf seine Steuer anrechnen, die auf diese Einkünfte entfällt.

#### Artikel 8

(1) Besoldungen, Löhne, Ruhegehälter, Witwen- oder Waisenpensionen sowie andere Vergütungen, die einer der beiden Staaten für ihm erbrachte gegenwärtige oder frühere Dienst- oder Arbeitsleistungen auszahlt, werden nur im Schuldnerstaat besteuert. Dies gilt auch dann, wenn solche Vergütungen von einem Land, von einem Kanton, von einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten gewährt werden.

(2) Ob eine juristische Person eine solche des öffentlichen Rechts sei, wird nach den Gesetzen des Staates entschieden, in dem sie errichtet ist;

### Artikel 9

(1) Tantiemen, Sitzungsgelder und andere Vergütungen, die an Mitglieder des Verwaltungsrates oder Aufsichtsrates von Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften oder an Geschäftsführer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung in dieser Eigenschaft gezahlt werden, unterliegen der Steuer nur in dem Staat, in dem die auszahlende Gesellschaft ihren Wohnsitz (Sitz) hat.

(2) Vergütungen für Dienstleistungen, welche die in Absatz 1 bezeichneten Personen tatsächlich in anderer Eigenschaft beziehen, werden nach Artikel 6 oder 7 besteuert.

### Artikel 10

(1) Die Befugnis jedes der beiden Staaten, Einkünfte aus beweglichem Kapitalvermögen im Abzugswege an der Quelle zu besteuern, wird vorbehaltlich Absatz 2 nicht dadurch beschränkt, daß solche Einkünfte der Besteuerung nur im Staat des Wohnsitzes des Einkommensempfängers (Artikel 2, Absatz 1) unterliegen.

(2) Die Steuer von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen, die einer der beiden Staaten im Abzugswege an der Quelle erhebt, kann von dem im andern Staat wohnhaften Einkommensempfänger innerhalb von zwei Jahren auf Grund einer amtlichen Bescheinigung über den Wohnsitz und über die Heranziehung zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen im Wohnsitzstaat mit dem Betrag zurückfordert werden, den der steuererhebende Staat den in seinem Gebiet wohnhaften Einkommensempfängern auf seine Steuern anrechnet, mindestens aber mit dem fünf Prozent des Kapitalertrages übersteigenden Betrag.

## III. ABSCHNITT

### Erbschaftssteuern

#### Artikel 11

Unbewegliches Vermögen (einschließlich Zubehör sowie des einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienenden lebenden und toten Inventars) ist den Erbschaftssteuern nur in dem Staat unterworfen, in dem sich dieses Vermögen befindet. Artikel 3, Absätze 2 bis 4, sowie Absatz 2 des Schlusprotokolls zu Artikel 3 finden entsprechende Anwendung.

(2) Das in Betrieben von Handel, Industrie und Gewerbe jeder Art angelegte bewegliche Vermögen unterliegt den Erbschaftssteuern nur in dem Staat, in dem die Unternehmung eine Betriebsstätte hat. Die Bestimmungen des Artikels 4 und des zugehörigen Schlusprotokolls finden entsprechende Anwendung.

(3) Das in ständigen Einrichtungen angelegte, der Ausübung eines freien Berufes in einem der beiden Staaten dienende bewegliche Vermögen unterliegt den Erbschaftssteuern nur in dem Staat, in dem sich diese Einrichtungen befinden.

#### Artikel 12

(1) Das nicht nach Artikel 11 zu behandelnde Nachlaßvermögen unterliegt den Erbschaftssteuern nur in dem Staat, in dem der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes seinen Wohnsitz hatte.

(2) Für den Begriff des Wohnsitzes sind die Bestimmungen des Artikels 2, Absätze 2 und 3, maßgebend.

#### Artikel 13

Nachlaßschulden werden im Verhältnis der in jedem Staat der Steuer unterliegenden Teile der rohen Nachlaßaktiven zum gesamten vom Erblasser hinterlassenen Rohvermögen in Abzug gebracht.

### IV. ABSCHNITT

#### Schlußbestimmungen

##### Artikel 14

(1) Legt ein Steuerpflichtiger dar, daß die Maßnahmen der Steuerbehörden in den beiden Staaten für ihn die Wirkung einer Besteuerung haben, die den Grundsätzen dieses Abkommens widerspricht, so kann er dagegen beim Staat seines Wohnsitzes Einspruch erheben. Wird der Einspruch für begründet erachtet, so soll die oberste Verwaltungsbehörde dieses Staates, wenn sie auf ihren eigenen Steueranspruch nicht verzichten will, mit der obersten Verwaltungsbehörde des anderen Staates eine Verständigung versuchen, um in billiger Weise eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

(2) Zur Beseitigung von Doppelbesteuerungen in Fällen, die in diesem Abkommen nicht geregelt sind, sowie auch in Fällen von Schwierigkeiten oder Zweifeln bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden sich die obersten Verwaltungsbehörden der beiden Staaten verständigen.

##### Artikel 15

Dieses Abkommen, das in zwei Urschriften in deutscher Sprache ausgefertigt ist, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen baldmöglichst in Wien ausgetauscht werden.

##### Artikel 16

Dieses Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft; seine Bestimmungen finden erstmals Anwendung:

- a) auf die nicht unter lit. b fallenden Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1954 erhoben werden;
- b) auf die im Abzugswege an der Quelle er hobenen Steuern von Einkünften aus beweglichen Kapitalvermögen, die im Kalenderjahr 1954 fällig werden;
- c) auf die Erbschaftsteuern von Nachlässen der Personen, die nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden sterben.

#### Artikel 17

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der beiden Staaten gekündigt worden ist. Jeder der beiden Staaten kann das Abkommen oder einen der Abschnitte II oder III unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Falle wird das Abkommen letztmals angewendet:

- a) auf die nicht unter lit. b fallenden Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für die Zeit vor Ablauf des Kalenderjahrs, auf dessen Ende die Kündigung erfolgt ist, erhoben werden;
- b) auf die im Abzugswege an der Quelle er hobenen Steuern von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen, die während des Kalenderjahres fällig werden, auf dessen Ende die Kündigung erfolgt ist;
- c) auf die Erbschaftsteuern von Nachlässen der Personen, die vor Ablauf des Kalenderjahres sterben, auf dessen Ende die Kündigung erfolgt ist.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Gegeben zu Bern, den 12. November 1953.

Für die Republik Österreich:  
Dr. J. Stangelberger m. p.

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:  
Dr. E. Wyss m. p.

#### Schlußprotokoll

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Erbschaftsteuern haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Zu Artikel 1

(1) Die in den Anlagen I und II enthaltene Aufzählung der Steuern, auf die das Abkommen Anwendung findet, ist nicht abschließend. Zur fortlaufenden Bereinigung dieser Anlagen werden sich die obersten Verwaltungsbehörden der beiden Staaten, das sind österreichischerseits das Bundesministerium für Finanzen und schweizerischerseits das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement (Steuerverwaltung), am Ende jedes Jahres die in der Steuergesetzgebung eingetretenen Änderungen mitteilen.

(2) Allfällige Zweifel über die Frage, auf welche Steuern das Abkommen Anwendung zu finden habe, werden die obersten Verwaltungsbehörden der beiden Staaten im Einvernehmen klären.

(3) Das Abkommen findet keine Anwendung:

a) auf die an der Quelle erhobenen Abgaben von Lotteriegewinnen;

b) auf die Besteuerung von Schenkungen und Zweckzuwendungen unter Lebenden, die nicht der Erbschaftssteuer unterliegen; vorbehalten bleibt die Verständigung nach Artikel 14, Absatz 2.

(4) Durch die Bestimmungen dieses Abkommens erfahren die Vergünstigungen, die den Steuerpflichtigen nach der Gesetzgebung jedes der beiden Staaten oder auf Grund von zwischenstaatlichen Abmachungen zukommen, keine Einschränkung.

Zu Artikel 2

(1) Jeder der beiden Staaten behält sich das Recht vor, bewegliches Vermögen, an dem eine Nutznießung bestellt ist, nach seiner eigenen Gesetzgebung zu besteuern. Sollte sich daraus eine Doppelbesteuerung ergeben, so werden sich die obersten Verwaltungsbehörden der beiden Staaten über die Teilung der Besteuerungsbefugnisse von Fall zu Fall verständigen.

(2) Einkünfte aus der Veräußerung oder Verleihung von Lizzenzen zur Verwertung von literarischen, musikalischen und künstlerischen Urheberrechten, ferner von gewerblichen Urheberrechten (Patent-, Marken-, Muster- und Modellrechten, technischen Konstruktionen, technischen Verfahren oder Erfahrungen, Formeln, Rezepten u. dgl.) werden vorbehaltlich Artikel 4 nach Artikel 2, Absatz 1, besteuert. Dasselbe gilt für das aus solchen Rechten bestehende Vermögen.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden auf Vergütungen aus Filmverleih so lange Anwendung, als solche Vergütungen in der Schweiz im Verhältnis zu Österreich keiner Besteuerung an der Quelle unterliegen.

(4) Bei Steuerpflichtigen, die ihren Wohnsitz endgültig von einem in den andern Staat verlegt haben, endet die Steuerpflicht, soweit sie an-

den Wohnsitz anknüpft, in dem ersten Staate mit dem Ende des Kalendermonats, in dem die Wohnsitzverlegung vollzogen ist. Die Steuerpflicht beginnt, soweit sie an den Wohnsitz anknüpft, im andern Staate mit dem Beginn des auf die Wohnsitzverlegung folgenden Kalendermonats.

(5) Studierende, Lehrlinge und Praktikanten, die sich in einem der beiden Staaten nur zu Studien- oder Ausbildungszwecken aufhalten, werden von diesem Staate wegen der Bezüge, die sie von Angehörigen, von Stipendienfonds oder ähnlichen Einrichtungen mit Wohnsitz (Sitz) im andern Staate in Form von Unterhalts-, Studien- oder Ausbildungsgeldern empfangen, keiner Besteuerung unterworfen.

(6) Personen, die in einem der beiden Staaten ihren Wohnsitz haben, können im andern Staate trotzdem besteuert werden, wenn sie dort mindestens drei Monate im Jahr einen eigenen Haushalt führen. Die Besteuerung erfolgt jedoch nur entsprechend der Dauer dieses Aufenthaltes und erstreckt sich nicht auf das ganze Vermögen und Einkommen des Steuerpflichtigen, sondern lässt sich im Rahmen einer angemessenen Berücksichtigung des mit dem Aufenthalt verbundenen Aufwandes zu halten. Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in Fällen dieser Art findet Artikel 14, Absatz 2, entsprechende Anwendung.

#### Zu Artikel 2—9

(1) Einkünfte, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens der Besteuerung in einem der beiden Staaten unterliegen, dürfen im andern Staate auch nicht durch Abzug an der Quelle besteuert werden. Vorbehalten bleiben Artikel 7, Absatz 5, und Artikel 10 sowie Absatz 3 des Schlussprotokolls zu Artikel 2.

(2) Dieses Abkommen beschränkt nicht die Befugnis der beiden Staaten, die Steuern auf den ihnen zur ausschließlichen Besteuerung zugesiebenen Teilen eines Einkommens oder Vermögens zu den dem Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen des Steuerpflichtigen entsprechenden Teilen zu berechnen.

#### Zu Artikel 3

(1) Die Bestimmungen von Artikel 3 gelten sowohl für die durch unmittelbare Verwaltung und Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung oder jede andere Art der Nutzung des unbeweglichen Gutes erzielten Einkünfte. Das gleiche gilt für feste und veränderliche Vergüterungen für die Nutzung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; des Weiteren für Einkünfte, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen, gegebenenfalls mit Einschluß des mitveräußerten Zubehörs oder des mitveräußerten, einem land- oder forstwirt-

schaftlichen Betrieb dienenden lebenden und toten Inventars erzielt werden.

(2) Den Regeln von Artikel 3 unterliegt auch das unbewegliche Vermögen von Unternehmungen der in Artikel 4, Absatz 1, bezeichneten Art.

#### Zu Artikel 4

(1) Zur Erstellung eines bestimmten Werkes errichtete und nur diesem Zwecke dienende Baustellen begründen keine Betriebsstätte, wenn die Ausführung des Werkes nicht länger als zwei Jahre dauert.

(2) Unter den Begriff der Betriebsstätte im Sinne von Artikel 4 fällt nicht das Unterhalten von Geschäftsbeziehungen lediglich durch einen völlig unabhängigen, selbständig auftretenden und im eigenen Namen handelnden Vertreter (Kommissionär, Makler u. dgl.). Das gleiche gilt für das Unterhalten eines Vertreters, der zwar ständig für eine Unternehmung des einen Staates in dem Gebiete des andern Staates tätig ist, aber lediglich Geschäfte vermittelt, ohne zum Abschluß von Geschäften im Namen und für Rechnung des Vertretenen bevollmächtigt zu sein (Vermittlungsagent).

(3) Die Tatsache, daß ein Vertreter im Sinne von Absatz 2 ein Muster-, Konsignations- oder Auslieferungslager der vertretenen Unternehmung unterhält, begründet für diese keine Betriebsstätte in dem Staat, in dem der Vertreter tätig ist, es sei denn, daß die durch einen Vermittlungsagenten (Absatz 2) empfangenen Bestellungen in der Regel aus einem solchen, von ihm selbst verwalteten Lager ausgeführt werden.

(4) Die Lagerung von Waren einer Unternehmung des einen Staates bei einer solchen des andern Staates zum Zwecke der Verarbeitung und nachherigen Versendung sowie die Verarbeitung selbst und die Versendung durch den Verarbeiter begründen keine Betriebsstätte der auftraggebenden Unternehmung im Sinne von Artikel 4, Absatz 2. Auch in Fällen dieser Art wird jedoch eine Betriebsstätte der auftraggebenden Unternehmung begründet, wenn diese beim Verarbeiter eine ständige Geschäftseinrichtung unterhält.

(5) Die Beteiligung an einer gesellschaftlichen Unternehmung durch den Besitz von Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Obligationen mit Gewinnbeteiligung, sonstigen Wertpapieren sowie von Anteilen an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung begründet für den Besitzer eine Betriebsstätte auch dann nicht, wenn mit dem Besitz ein Einfluß auf die Leitung der Unternehmung verbunden ist (zum Beispiel Verhältnis von Mutter- zu Tochtergesellschaft).

(6) Sind im Sinne von Artikel 4, Absatz 3, Betriebsstätten in beiden Staaten vorhanden, so soll ein angemessener Anteil an den allgemeinen

Unkosten des Hauptsitzes auf die Ergebnisse der verschiedenen Betriebsstätten angerechnet werden. Zu diesem Zwecke sollen bei der Festsetzung der Gewinne einer Betriebsstätte alle billigerweise der Betriebsstätte zurechenbaren Auslagen, mit Einschluß von Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten zum Abzuge zugelassen werden.

(7) Vermögen und Gewinne von Versicherungsunternehmungen, die in beiden Staaten Betriebsstätten unterhalten werden, unter Berücksichtigung der in Absatz 6 enthaltenen Vorschrift, im Verhältnis der Rohprämieneinnahmen der Betriebsstätte zu den gesamten Rohprämieneinnahmen der Unternehmung aufgeteilt.

(8) Das besteuerte Einkommen darf nicht höher sein als der Betrag der von der Betriebsstätte erzielten Gewinne aus Industrie, Handel oder Gewerbe, gegebenenfalls einschließlich der Gewinne oder des Nutzens, die mittelbar aus der Betriebsstätte gezogen oder Aktionären, sonstigen Beteiligten oder diesen nahestehenden Personen zugewendet oder gewährt worden sind, sei es durch Festsetzung unangemessener Preise, sei es durch eine andere Begünstigung, die einem Dritten nicht zugestanden worden wäre.

(9) Wenn eine Unternehmung in einem der beiden Staaten vermöge ihrer Beteiligung an der Verwaltung oder am Kapital einer Unternehmung im andern Staate dieser Unternehmung in den gegenseitigen geschäftlichen oder finanziellen Beziehungen andere Bedingungen gewährt oder auferlegt, als sie einer fremden Unternehmung gewährt würden, so können alle Gewinne, die ordentlicherweise in der Bilanz einer der Unternehmungen zu erscheinen hätten, jedoch in der genannten Weise auf die andere Unternehmung übertragen worden sind, unter Vorbehalt der einschlägigen Rechtsmittel und des Verständigungsverfahrens nach Artikel 14, den der Steuer unterliegenden Gewinnen der ersten Unternehmung zugerechnet werden.

(10) Im übrigen werden die obersten Verwaltungsbehörden von Fall zu Fall oder für bestimmte Gruppen von Fällen über die Teilung der Besteuerungszuständigkeit gemäß Artikel 4, Absatz 3, besondere Vereinbarungen treffen.

#### Zu Artikel 5

(1) Die in Artikel 5 getroffene Regelung findet auch Anwendung, wenn eine Unternehmung der Schiff- oder Luftfahrt des einen Staates im Gebiete des andern Staates eine Agentur für die Beförderung von Personen oder Waren betreibt. Dies gilt jedoch nur für Tätigkeiten, die unmittelbar mit dem Betrieb der Schiff- oder Luftfahrt oder mit dem Zubringerdienst zusammenhängen.

(2) Die gleichen Bestimmungen finden auch auf Beteiligungen von Luftfahrtsunternehmungen der

beiden Staaten an einem Pool oder an einer Betriebsgemeinschaft Anwendung.

#### Zu Artikel 6

Als freier Beruf gilt jede selbständige Erwerbstätigkeit, wie die wissenschaftliche, künstlerische, unterrichtende oder erzieherische und die selbständige Erwerbstätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure, Wirtschaftstreuuhänder, Bücherrevisoren, Steuerberater und Patentanwälte.

#### Zu Artikel 10

(1) Der Ausdruck „Einkünfte aus beweglichem Kapitalvermögen“ umfaßt sowohl die Einkünfte aus Wertpapieren (wie Anleihens-, Gewinn- und anderen Obligationen mit oder ohne Grundpfandsicherheit, Rentenschuldverschreibungen, Pfandbriefen, Grundpfandtiteln, Aktien, Kuxen, Genußaktien, Genußscheinen, Gründeranteilen oder anderen Gesellschaftsanteilen in Wertpapierform), als auch diejenigen aus Darlehen, Depots, Barkauktionen und ähnlichen Kapitalguthaben sowie aus Anteilen an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

(2) Eine Steuer von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen gilt dann als im Sinne von Artikel 10 durch Abzug an der Quelle erhoben, wenn sie der Ertragsschuldner zu Lasten des Ertragsberechtigten entrichtet.

(3) Der in Artikel 10, Absatz 2, vorgesehene Rückerstattungsantrag muß innerhalb von zwei Jahren gestellt werden. Diese Frist gilt als eingehalten, wenn der Antrag bei der zuständigen Behörde des Wohnsitzstaates des Antragstellers innerhalb von zwei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres eingeht, in dem die der Steuer unterliegende Leistung fällig geworden ist.

(4) Die obersten Verwaltungsbehörden der beiden Staaten werden sich über das Rückerstattungsverfahren, insbesondere über die Form des Rückerstattungsantrages, über die Art der vom Antragsteller beizubringenden Ausweise und Becheinigungen sowie über die zur Verhinderung der mißbräuchlichen Geltendmachung von Rückerstattungsansprüchen zu treffenden Maßnahmen verständigen.

(5) Bezüglich der Ansprüche, die nach Artikel 10, Absatz 2, den Angehörigen diplomatischer oder konsularischer Vertretungen sowie den internationalen Organisationen, ihren Organen und Funktionären zustehen, gilt folgendes:

- a) wer als Angehöriger einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines der beiden Staaten im anderen Staat oder in dritten Staaten residiert und die Staatsangehörigkeit seines Absendestaates besitzt, gilt als im Absendestaat wohnhaft, sofern er hier zur Entrichtung von Steuern vom beweglichen Kapitalvermögen und dessen

Ertrag, der im andern Staat einer im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuer unterliegt, herangezogen wird;

- b) internationale Organisationen, ihre Organe und Beamten sowie das Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen dritter Staaten, die in einem der beiden Staaten wohnen oder residieren und hier von der Entrichtung von Steuern auf bewegliche Kapitalvermögen oder dessen Ertrag befreit sind, haben keinen Anspruch auf Entlastung von den im andern Staat im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuern.

(6) Der steuererhebende Staat räumt den die Entlastung von der Abzugssteuer beanspruchenden Personen die gleichen Rechtsmittel ein wie seinen eigenen Steuerpflichtigen.

(7) In der Gesetzgebung des steuererhebenden Staates begründete Ansprüche auf Rückerstattung der Quellensteuern bleiben unberührt. Ihre Geltendmachung richtet sich ausschließlich nach der Gesetzgebung des steuererhebenden Staates.

#### Zu Artikel 11 und 12

Dieses Abkommen beschränkt nicht die Befugnis der beiden Staaten, die Erbschaftssteuern auf den ihnen zur ausschließlichen Besteuerung zugewiesenen Teilen eines Nachlasses nach dem Satze zu berechnen, der Anwendung fände, wenn der ganze Nachlaß oder Erwerb von Todes wegen in diesem Staat der Steuer unterliege.

#### Zu Artikel 14

(1) Die Einleitung des Verfahrens nach Artikel 14, Absatz 1, ist einerseits von der Erschöpfung des Rechtsweges durch den Steuerpflichtigen nicht abhängig und hindert anderseits den Steuerpflichtigen nicht an der Geltendmachung der gesetzlichen Rechtsmittel.

(2) Der Steuerpflichtige soll seinen Einspruch nach Artikel 14, Absatz 1, in der Regel innerhalb Jahresfrist nach Ablauf des Kalenderjahres eintreiben, in dem er, sei es durch Zustellung von Rechnungen (Steuerbescheiden) oder durch Eröffnung anderer amtlicher Verfügungen, Kenntnis vom Bestehen einer Doppelbesteuerung erhalten hat.

#### Zu Artikel 16

Die in Ziffer II des Protokolls vom 17. August 1946 über die österreichisch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen niedergeliegte Ordnung zur Vermeidung der Doppelbesteuerung im

österreichisch-schweizerischen Verhältnis tritt mit Wirkungserwerben der Bestimmungen dieses Abkommens außer Kraft.

Gegeben zu Bern, den 12. November 1953.

Für die Republik Österreich:

Dr. J. Stangelberger m. p.

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:

Dr. E. Wyss m. p.

**Anlage I**

(Österreichische Steuergesetzgebung)

Das Abkommen bezieht sich insbesondere auf die folgenden österreichischen Steuern:

A. Bundessteuern:

- a) Einkommensteuer (auch soweit sie im Abzugswege an der Quelle erhoben wird);
- b) Körperschaftsteuer (auch soweit sie im Abzugswege an der Quelle erhoben wird);
- c) Vermögensteuer (einschließlich Aufbringungsumlage);
- d) Besatzungskostenbeiträge vom Einkommen und vom Vermögen sowie Wohnhauswiederaufbaubetrag vom Einkommen;
- e) Aufsichtsratsabgabe;
- f) Erbschaftsteuer.

B. Steuern der Länder und Gemeinden:

- a) Grundsteuer;
- b) Gewerbesteuer.

**Anlage II**

(Schweizerische Steuergesetzgebung)

Das Abkommen bezieht sich insbesondere auf die folgenden schweizerischen Steuern:

A. Steuern des Bundes:

- a) Wehrsteuer;
- b) Stempelabgabe auf Coupons;
- c) Verrechnungssteuer;
- d) Abzugssteuer auf Leistungen aus Lebensversicherungen.

B. Steuern der Kantone, Bezirke, Kreise und Gemeinden:

- a) vom Einkommen (Gesamteinkommen, Erwerbseinkommen, Vermögensertrag, Geschäftsertrag usw.);
- b) vom Vermögen (Gesamtvermögen, bewegliches und unbewegliches Vermögen, Geschäftsvermögen usw.) und vom Kapital;
- c) von Erbschaften (Erbanfall- und Nachlaßsteuern).

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SWISS CONFEDERATION FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION IN THE FIELD OF TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL AS WELL AS INHERITANCE TAXES

The Republic of Austria and the Swiss Confederation, being desirous of avoiding so far as possible double taxation in the matter of taxes on income and property, have agreed to enter into an Agreement.

For this purpose, plenipotentiaries have been designated as follows:

By the Federal President of the Republic of Austria:

Dr. J. Stangelberger, Director-General of the Federal Ministry of Finance,

By the Swiss Federal Council:

Dr. E. Wyss, Chief of the Federal Taxation Administration;

Who, having communicated to each other their full powers, found in good and due form, have agreed on the following provisions:

CHAPTER I. PURPOSE AND APPLICATION OF THE AGREEMENT

*Article 1*

1. The purpose of this Agreement is to protect taxpayers of the two States against double taxation which might arise from the simultaneous application of the Austrian and Swiss laws relating to ordinary and special taxes:

a) On income and on property;

b) On inheritances upon the death of a person who, at the time of death, was domiciled in one of the two States.

2. Within the meaning of this Agreement, "taxes" are considered to be:

(a) such taxes on income and property that, on the basis of Austrian or Swiss law, are levied on total income or parts thereof and on total property or parts thereof, including the taxes on profits derived from the alienation of movable and immovable property (profits from the disposal of capital assets or of real property) and on increments of capital and of property).

(b) such taxes on inheritance that, on the basis of Austrian or Swiss law, are levied due to death in the form of inheritance or estate taxes.

3. The Agreement relates to the taxes levied by either State or by cantons, districts, Kreise, communes and associations of communes, in particular to the taxes enumerated in Annex I (Austrian legislation) and II (Swiss legislation), and to any taxes of the same or of like nature which in the future may be added to or substituted for the said taxes. It shall also apply to taxes levied in the form of surcharges.

## CHAPTER II. TAXES ON INCOME AND PROPERTY

### *Article 2*

1. Except as otherwise provided in this Agreement, income and property shall be taxable only in the State in which the recipient of the income or the owner of the property is domiciled.
2. For the purposes of this Agreement, an individual shall be deemed to be domiciled where he has a permanent residence and regularly resides. In the event of several such places, the one to which the strongest personal and economic ties exist (center of vital interests) shall be deemed to be the domicile. If such a center of vital interests is not determinable by mutual agreement, then the domicile shall be determined according to Paragraph 3.
3. If the provisions of Paragraph 2 are met in neither of the two States, the individual's place of permanent abode shall be deemed to be his domicile. For the purposes of this provision, a person shall be deemed to have his permanent abode at the place where he resides in such circumstances that it may be presumed that he does not propose to remain there merely temporarily. If an individual has a permanent abode in both States or in neither State, the chief administrative authorities shall come to an agreement in each individual case.
4. For the purposes of this Agreement, the domicile (head office) of bodies corporate as well as of partnerships and associations of persons which are not incorporated shall be determined according to the taxation legislation of each of the two States. If there is shown to be a head office in each of the two States, the place in which the effective management is carried on shall be deemed to be decisive.

### *Article 3*

1. Immovable property (including accessories and livestock and equipment of agricultural or forestry enterprises) and income derived therefrom (including profits from agricultural and forestry enterprises) shall be taxable only in the State in which the property is situated.
2. Rights which are governed by the provisions of private law concerning real property, right of usufruct in immovable property and rights to fixed variable compensation for the use of mineral deposits, wells and other natural resources (e.g., royalties on gross petroleum output) shall be taxable only in the State in which the property is situated.
3. Claims secured by mortgage as well as income therefrom shall be taxable only in the State in which the charged property is situated. Nevertheless, the provision of Article 2, Paragraph 1 applies:
  - (a) To loan obligations secured by mortgage and to income from such claims;
  - (b) To claims secured by mortgage to which an enterprise is entitled in the manner described in Article 4 and to income from such claims, unless the claim comprises a component of the assets of the enterprise of a place of business located in the State in which the charged property is situated.

4. The terms "immovable property", "accessories", "rights deemed to be immovable property", "rights of usufruct", shall be defined according to the laws of the State in which the property in question is situated.

*Article 4*

1. Commercial, industrial and trade enterprises of every kind, and the income from the operation thereof, including profits derived from the alienation of the enterprise or of any part thereof, shall not be taxable except in the State in whose territory the enterprise maintains a permanent establishment. This provision shall also apply if the enterprise extends its activities to the territory of the other State without maintaining a permanent establishment there.

2. For the purposes of this Agreement, "permanent establishment" means a fixed place of business of an enterprise in which the latter's business is wholly or partly carried on. The following, in particular, shall be deemed to be permanent establishments: the headquarters of the enterprise, the place of management, branches, factories and workshops, sales offices, warehouses and other commercial premises having the character of fixed places of business, and permanent agencies.

3. If the enterprise maintains permanent establishments in both States, each State shall tax only the property employed for the purposes of the permanent establishment situated in its territory and only the income earned by such establishment.

4. Active or dormant partnerships in a corporative enterprise are to be treated as enterprises as per the meaning of Paragraph 1, with the exception of partnerships in the form of shares, mining shares (Kuxe), participating debentures or other securities or of shares in cooperative societies and limited liability companies.

*Article 5*

Shipping or air transport enterprises and the income from their operations shall be taxable only in the State in which the place of management is situated.

*Article 6*

1. Income from professions exercised by persons domiciled in one of the two States shall be taxable in the other State only if and to the extent that the person in question makes use, in the performance of his professional activity, of a fixed base regularly available to him in that State.

2. Income from independent professional activity earned in one of the two States by stage, radio, television and film actors, musicians, artists, athletes, etc. shall, however, be taxable in that State regardless of whether the person in question makes use in that State, for his professional activity, of a fixed base regularly available to him. In cases of hardship, the chief administrative authorities of the two States shall proceed according to Article 14.

3. Movable property installed in a fixed base and used for the exercise of a professional shall be taxable only in the State in which such base is situated.

*Article 7*

1. Subject to the provisions of Articles 8 and 9, income derived from a gainful occupation by persons who are not self-employed (wages, salaries and other similar forms of remuneration) shall not be taxable except in the State in which the personal occupation from which such income is derived is carried on.
2. For the purposes of the provisions of Paragraph 1 above, individuals who serve entirely or mainly on board ships or aircraft of a sea or air transport enterprise of one of the two States shall be deemed to be carrying on their gainful occupation in that of the two States in which the effective management of the enterprise is situated.
3. If, for reasons of employment, a person employed in one of the two States resides in the territory of the other State temporarily, but not for longer than one year, he shall not be liable to taxation in the latter State in respect of the income from his work, even if the tax is deductible at the source, provided that the gainful activity is exercised for the account of an employer who is not domiciled and has no permanent establishment in that State. In this case, the State in which the person is employed is entitled to the right of taxation.
4. Subject to the provisions of Article 8, retirement pensions, widows' or orphans' pensions and other grants or monetary benefits payable by reason of the former services of any person who was gainfully occupied but not self-employed shall not be taxable except in the State in which the beneficiary is domiciled.
5. Income derived from persons who are not self-employed and who are domiciled near the frontier in one State and have their place of employment near the frontier in the other State and go there every workday (border crossers) shall be taxable in the State in which the taxable person is domiciled. However, the State of the place of employment is entitled to levy a tax of 1% at most on said income by deduction at source. Should such a tax be levied, the State of domicile shall credit it to its tax on this income.

*Article 8*

1. Wages, salaries, retirement pensions, widows' and orphans' pensions and other remuneration paid by one of the two States for present or past services or employment shall be taxable only in the debtor State. This shall also apply if such remuneration is granted by a province, a canton, a commune, an association of communes, or another public body corporate of one of the two States.
2. For the purpose of determining whether a body is a public body corporate, the legislation of the State in which the body is constituted shall be decisive.

*Article 9*

1. Director's fees, attendance fees and other remuneration paid to members of the boards of management or boards of directors of incorporated companies, partnerships limited by shares, private limited companies and co-operative societies or to the general managers of private limited companies by reason of their service in such capacity shall not be

liable to taxation except in the State in which the paying company has its domicile (head office).

2. Any remuneration for services which the persons referred to in Paragraph 1 above receive in effect by reason of their service in some other capacity shall be taxable as provided in Article 6 or as provided in Article 7.

*Article 10*

1. Subject to the provisions of Paragraph 2 below, each of the two States shall retain the right to tax income from movable capital property by deduction at source, notwithstanding the fact that such income is not taxable except in the State in which the recipient is domiciled or established (Art. 2, Par. 1).

2. Reimbursement of the tax on income from movable capital property charged by one of the two States by deduction at source may be applied for, before the expiry of two years by a person in receipt of such income domiciled in the other State, upon production of an official certificate of domicile and of liability to the taxes on income and property in the State in which he is domiciled, the amount being that which the taxing State credits to its taxes from income recipients residing in its territory, albeit with the amount being at least 5% of the capital yield.

**CHAPTER III. INHERITANCE TAXES**

*Article 11*

1. Immovable property (including property accessory thereto, and equipment or livestock employed in the operation of an agricultural or forestry enterprise) shall be liable to inheritance taxes only in the State in which it is situated. The provisions of Article 3, Paragraphs 3 to 4, as well as Paragraph 2 of the Final Protocol for Article 3 shall apply mutatis mutandis.

2. Movable property installed in a commercial, industrial or business enterprise of any kind shall be liable to inheritance taxes only in the State in which the enterprise has a permanent establishment. The provision of Article 4 and of the attendant Final Protocol shall apply mutatis mutandis.

3. Movable property installed in fixed places of business and used in the exercise of a profession in one of the two States shall be liable to inheritance taxes only in the State in which it is situated.

*Article 12*

I. Parts of a deceased person's estate covered by Article 11 shall be liable to inheritance taxes only in the State in which the deceased was domiciled at the time of his death.

2. Domicile shall be determined in accordance with the provisions of Article 2, Paragraphs 2 and 3.

*Article 13*

Debts of an estate shall be deducted as a relation of the parts of the gross assets of an estate taxable in each State to the entire gross assets left by the deceased person.

**CHAPTER IV. FINAL PROVISIONS**

*Article 14*

1. If a taxpayer can prove that, in consequence of measures adopted by the tax authorities of the two States, he is liable to taxation which is irreconcilable with the principles of this Agreement, he may apply to the authorities of the State in which he is domiciled. If the application is admitted, the chief administrative authority of that State shall, if it is unwilling to waive its own tax claim, endeavour to agree with the chief administrative authority of the other State on some equitable means of avoiding double taxation.

2. For the purpose of eliminating double taxation in cases not provided for in this Agreement, and also in cases in which the interpretation or application of this Agreement gives rise to difficulty or doubt, the chief administrative authorities of the two States shall enter into consultation with one another.

*Article 15*

This Agreement, which has been drawn up in the original texts in the German language, shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Vienna as soon as possible.

*Article 16*

This Agreement shall enter into force on the date of the exchange of the instruments of ratification; its provisions shall apply for the first time:

- (a) To the taxes on income and property which are not charged under Item b in respect of the period subsequent to 31 December 1954;
- (b) To the taxes deductible at source on income from movable capital property which fall due in the calendar year 1954;
- (c) To duties on the estates of persons who die after the exchange of the instruments of ratification.

*Article 17*

This Agreement shall remain in force for so long as it has not been denounced by one of the two States. Either State may denounce the Agreement or Chapter II or III by notice of not less than six months before the end of the calendar year. In that case, the Agreement shall apply for the last time:

- (a) To the taxes on income and property which are not charged under Item b in respect to the period before the expiry of the calendar year at the end of which the denunciation takes effect;
- (b) To the taxes deductible at source on income from movable capital property which fall due in the calendar year at the end of which the denunciation takes effect;
- (c) To duties on the estates of persons who die before the expiry of the calendar year at the end of which the Agreement ceases to have effect.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two States have signed this Agreement and have affixed their seals thereto.

Done at Berne, 12 November 1953.

For the Republic of Austria:

DR. J. STANGELBERGER

For the Swiss Confederation:

DR. E. WYSS

## FINAL PROTOCOL

On proceeding to sign the Agreement concluded this day between the Republic of Austria and the Swiss Confederation for the avoidance of double taxation in the matter of taxes on income and property and of inheritance duties, the undersigned plenipotentiaries have made the following identical declarations which shall form an integral part of the Agreement:

### Ad article 1

1. The list contained in annexes I and II of the taxes to which the Agreement applies is not exhaustive. For the purpose of keeping the annexes up to date, the chief administrative authorities of the States, viz. the Federal Ministry of Finance in Austria and the Federal Department of Finance and Customs (Tax Administration) in Switzerland, shall at the end of each year communicate to one another any amendments made in their respective tax legislation.

2. The chief administrative authorities of the two States shall consult with one another to remove any doubts which may arise regarding the taxes to which the Agreement is to apply.

### 3. The Agreement shall not apply:

(a) To taxes charged at source on lottery prizes;

(b) To the taxation of dispositions inter vivos in the form of gifts or of donations made for a specific purpose which are not subject to inheritance taxes; the agreement as per Article 14, Paragraph 2 shall remain reserved.

4. The provisions of the Agreement shall not operate to prejudice any beneficial treatment to which taxpayers are entitled in pursuance of the legislation of each of the two States or by virtue of international agreements.

### Ad article 2

1. Each of the two States reserves the right to tax movable property to usufruct according to its tax legislation. In the event that this results in a double taxation, the chief administrative authorities shall come to an agreement in each individual case.

2. Income derived from the sale or grant of licenses for the use of authors' rights in literary, musical and artistic property and in industrial property (patents, trade marks, designs and patterns, working drawings, technical processes and practices, formulae, trade secrets and the like) shall be taxable, subject to the provisions of Article 4, as provided in Article 1, Paragraph I.

This provision shall also apply to property consisting of such rights.

3. The provisions of Paragraph 2 shall apply to remunerations from film distribution in so far as such remunerations in Switzerland are not subject to taxation at source with respect to Austria.

4. If a taxpayer has permanently transferred his domicile from one State to the other, he shall cease to be liable to tax in the first State in so far as such liability is determined by domicile, at the end of the calendar month during which the transfer of domicile took place.

His liability to taxation in the other State, in so far as such liability is determined by domicile, shall commence at the beginning of the calendar month following his transfer of domicile.

5. Students, apprentices and trainees who reside in one of the two States for the sole purpose of study or training shall not be liable to taxation in that State in respect of sums which they receive from relatives or from scholarship funds or similar institutions domiciles or established in the other State in the form of allowances for maintenance, studies or training.

6. Persons domiciled in one of the two States can nevertheless be taxed in the other State if they maintain a household there at least three months per year. The taxation shall apply, though, only in accordance with the duration of this stay and shall not extend to all assets and income of the taxpayer, but is to restrict itself within the bounds of appropriate consideration of the expense associated with the stay. In order to avoid double taxation in cases of this sort, Article 14, Paragraph 2 shall apply as appropriate.

**Ad articles 2 to 9**

1. Income which, in accordance with the provisions of this Agreement is subject to taxation in one of the two States, shall not be taxable even by deduction at source, in the other State. This provision is subject to the provisions of Article 7, Paragraph 5 and Article 10 as well as Paragraph 3 of the Final Protocol ad Article 2.

2. This Agreement shall not limit the right of each of the two States to assess tax on the portions of a person's income or property over which it has exclusive jurisdiction for taxation purposes at the rates appropriate to the entire income or the entire property of the taxpayer concerned.

**Ad article 3**

1. The provisions of Article 3 shall apply both to income received from the direct management and utilization of immovable property and to income derived from the letting, lease, or other form of utilization of such property. This provision shall also apply to fixed or variable compensation for the use of mineral deposits, wells and other natural resources; it shall apply likewise to income arising out of the alienation of immovable property, including, where applicable, property accessory thereto which is included in such alienation or the livestock or equipment used in the operation of an agricultural or forestry undertaking and included in such alienation.

2. The immovable property of the undertakings referred to in Article 4, Paragraph 1 shall also be governed by the rules of Article 3.

**Ad article 4**

1. Construction sites established for the purposes of specific building operations but not for other purposes shall not be deemed to constitute permanent establishments if the operations in question are completed within two years.

2. The expression "permanent establishment" as defined in Article 4 shall not be interpreted to include business relations maintained solely through a representative who is completely independent and acts as a principal in his own name (trading agent, broker and the like).

Similarly, the said expression shall not be interpreted to include the case of a representative who, although permanently carrying on business in the territory of one State for an undertaking in the other State, is merely an intermediary for such business and is not authorized to conclude any business in the name of and for the account of the party which he presents (intermediary agent).

3. An undertaking shall not be deemed to be maintaining a permanent establishment in the State in which it employs a representative within the meaning of Paragraph 2 by reason of the fact that such representative holds a sample collection or goods on consignment or for delivery of that undertaking, unless the orders received by an intermediary agent (Paragraph 2) are, as a rule, exported from such a storehouse administered by him.

4. The storage of goods by an undertaking of one of the two States on the premises of an undertaking of the other State for the purpose of their processing and subsequent shipment, and their processing and shipment by the person processing the goods, shall not constitute the setting up of a permanent establishment, within the meaning of Article 4, Paragraph 2, of the undertaking acting as principal. Even in cases of this sort, though, a permanent establishment of the undertaking acting as principal shall be established if the undertaking maintains a permanent place of business with the processor.

5. Partnership in a business undertaking through the possession of shares, mining shares (Kuxe), participating debentures or other securities or of shares in cooperative societies and limited liability companies shall not constitute a permanent establishment for the holder even if the influence on the management of the undertaking is associated with the possession (as in the relationship between a parent company and its subsidiary company).

6. If permanent establishments within the meaning of Article 4, Paragraph 3 exist in both States, a proportionate share of the general expenses of the head office shall be charged against the earnings of the various permanent establishments. For this purpose, all expenses, including management and general administrative costs, which may reasonably be held to fall to the share of the permanent establishment, shall be admitted as deductions in determining the profits of such permanent establishment.

7. Assets and profits of insurance undertakings that maintains permanent establishments in both States shall, under consideration of the provision contained in Paragraph 6, be divided as a relation of the gross premium income of the permanent establishment to the entire gross premium income of the undertaking.

8. The taxed income may not be greater than the amount of the profits gained by the permanent establishment through industrial, commercial or manufacturing activities, including, if such is the case, the profits or the advantage which was derived indirectly from the permanent establishment, or which was allotted or granted to shareholders, to other persons holding interests or to persons closely related to them, in consequence of some special pricing or of some benefit that would not have been granted to others.

9. If by virtue of its participation in the management or capital of an undertaking in the other State an undertaking in one of the two States grants to or imposes upon that undertaking, in their commercial or financial relations, conditions other than those which it would grant to a third undertaking, any profits which would normally have appeared in the accounts of one of the undertakings but which have been transferred in the aforesaid manner to the accounts of the other undertaking may be added to the taxable profits of the first

undertaking, subject to the appropriate legal remedies and to the consultation procedure provided for in Article 14.

10. The chief administrative authorities may make special agreements in particular cases, or particular groups of cases, concerning the division of jurisdiction for taxation purposes in accordance with Article 4, Paragraph 3.

Ad article 5

1. The provision agreed upon in Article 5 shall also apply if a shipping or air transport undertaking of one State operates an agency in the territory of the other State for the transport of persons or goods. This applies, though, only to activities associated immediately with the business of shipping or air transport or with feeder service.

2. The same provisions also apply to partnerships of air transport undertakings of the two States in a pool or in a joint undertaking.

Ad article 6

1. The expression "liberal profession" means any gainful occupation carried on by persons who are self-employed in the sciences, arts, literature, education or instruction, and the gainful occupation of physicians, lawyers, architects, engineers, financial trustees, accountants, tax advisers and patent agents.

Ad article 10

1. The expression "income from movable capital property" shall apply both to income from securities (debentures, profit participating debentures and other bonds, whether or not secured by mortgage, pension debentures, pledge certificates, mortgage bonds, shares, mining shares (Kuxe), jouissance shares, jouissance certificates, founder's shares or other interests in the form of securities issued by bodies corporate) and to income from loans, deposits, cash guarantees, and similar capital assets, or from shares in co-operative societies and private limited companies.

2. A tax on the income from movable capital property shall be deemed to have been deducted at source for the purposes of Article 10 if the payor of the income pays the tax for the account of the payee of the income.

3. The application for relief provided for in Article 10, Paragraph 2 must be submitted within two years. This time limit shall be deemed to have been observed if the application is received by the competent authority of the State in which the applicant is domiciled within two years after the expiry of the calendar year in which the taxable payment fell due.

4. The chief administrative authorities of the two States shall inform one another of the process of relief, in particular concerning the type of application for relief, the type of documents and certificates to be produced by the applicant, and the measures to be taken to prevent the improper submission of applications for relief.

5. The rights accorded under Article 10, Paragraph 2, to members of diplomatic or consular missions and to international organizations, their organs and their officials, shall be governed by the following rules:

(a) Any person who, being a member of a diplomatic or consular mission of one of the two States, is resident in the other State or in a third State, and is a national of the State by which he is accredited, shall be deemed to be domiciled in the accrediting State, if he is li-

able in that State to the taxes on movable capital property, and on the income derived therefore and the said income is liable to taxation at source in the other State;

(b) International organizations, their organs and officials, and the personnel of diplomatic or consular missions of third States, that are domiciled or resident in one of the two States and are in the State exempt from the taxes on movable capital property or on the income derived therefore shall not be entitled to relief from the taxes which are deducted at source in the other State.

6. The State which charges tax at source shall make available to persons who apply for relief from such tax the same legal remedies as are available to its own taxpayers.

7. Any rights to relief from the tax charged at source which are granted under the legislation of the State charging the tax shall not be affected. The said rights and their exercise shall be governed exclusively by the legislation of the State charging the tax.

Ad articles 11 and 12

This Agreement does not limit the authority of the two States to calculate inheritance taxes on those parts of an estate exclusively accorded to them for taxation according to the rate that would apply if the entire estate or acquisition due to death were subject to the tax in that State.

Ad article 14

1. The application referred to in Article 14, Paragraph 1 may be made even if the taxpayer has exhausted all the legal remedies open to him, and the taxpayer shall not be estopped from resorting to all the remedies open to him under the law by reason of the fact that he has made an application as aforesaid.

2. An application under Article 14, Paragraph 1 shall as a general rule be made by the taxpayer within one year after the expiry of the calendar year in which he became aware of the existence of double taxation, be it through the receipt of tax statements (tax assessments) or through notification of other official decisions.

Ad article 16

The regulation set forth in Item II of the Protocol of 17 August 1946 concerning Austro-Swiss Economic Negotiations for the Avoidance of Double Taxation in Austro-Swiss Relations terminates with the entry into effect of the provisions of this Agreement.

Done at Berne, 12 November 1953.

For the Republic of Austria:

DR. J. STANGELBERGER

For the Swiss Federation:

DR. E. WYSS

## APPENDIX I

### *(Austrian Tax Legislation)*

The Agreement relates in particular to the following Austrian taxes:

A. Federal Taxes:

- (a) Income tax (also in so far as it is charged by deduction at source);
- (b) Corporation tax (also in so far as it is charged by deduction at source);
- (c) Property tax (including contribution assessment);
- (d) Occupation cost contributions from income and property, as well as the home reconstruction contribution from income;
- (e) Supervisory Council tax;
- (f) Inheritance tax.

B. Taxes of provinces and communes:

- (a) Land tax;
- (b) Trade tax.

## APPENDIX II

### *(Swiss Tax Legislation)*

The Agreement relates in particular to the following Swiss taxes:

A. Federal taxes:

- (a) Defense tax;
- (b) Stamp tax on coupons;
- (c) Offset tax;
- (d) Withdrawal tax on payments from life insurance policies.

B. Taxes of cantons, districts, Kreise and communes:

- (a) on income (total income, income from earnings, income from property, income from trade, etc.);
- (b) on property (entire property, movable and immovable property, business property, etc.) and on capital;
- (c) on inheritances (inheritance and estate taxes).

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE  
D'IMPÔTS SUR LE REVENU, SUR LA FORTUNE ET SUR LES  
SUCCESSIONS ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA  
CONFÉDÉRATION SUISSE

La République d'Autriche et la Confédération suisse, désireuses d'éviter dans la mesure du possible les doubles impositions sur le revenu et la fortune, ont décidé de conclure une convention.

À cette fin, elles ont nommé comme plénipotentiaires :

Le Président fédéral de la République d'Autriche :

M. J. Stangelberger, Directeur général du Ministère fédéral des finances ;

Le Conseil fédéral suisse :

M. E. Wyss, Chef de l'administration fiscale fédérale ;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

CHAPITRE PREMIER. BUTS ET ÉTENDUE DE L'ACCORD

*Article premier*

1. Le présent Accord a pour but de protéger les contribuables contre les doubles impositions qui pourraient résulter de l'application simultanée des lois suisses et autrichiennes concernant les impôts ordinaires ou spéciaux :

a) Sur le revenu et la fortune ;

b) Sur les successions ouvertes par le décès de personnes ayant leur domicile dans l'un des deux États au moment de leur mort.

2. Au sens du présent Accord, il faut entendre par "impôts" :

a) Les impôts sur le revenu et la fortune perçus, en vertu de la législation suisse ou finlandaise, sur le revenu (revenu total ou éléments du revenu) et sur la fortune (fortune totale ou éléments de la fortune), y compris les impôts grevant les bénéfices obtenus lors de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers (bénéfices en capital et bénéfices immobiliers), ainsi que les augmentations de valeur et de fortune.

b) Les impôts sur les successions perçus, en vertu de la législation autrichienne ou suisse, sous forme d'impôt sur les successions ou de taxes d'héritage au moment du décès.

3. L'Accord porte sur les impôts perçus pour le compte de l'un des deux États, de leurs cantons, districts, Kreise, communes et groupements de communes, en particulier les impôts énumérés aux annexes I (Législation autrichienne) et II (Législation suisse), ainsi que sur les impôts de nature identique ou analogue qui s'ajouteront ou se substitueront à l'avenir

aux impôts susmentionnés. Il s'applique également aux impôts perçus sous forme de surtaxe.

## CHAPITRE II. IMPÔTS SUR LE REVENU ET LA FORTUNE

### *Article 2*

1. Sous réserve des dispositions contraires du présent Accord, le revenu et la fortune ne sont imposables que dans l'État où est domiciliée la personne qui touche ce revenu ou à qui cette fortune appartient.

2. Le domicile d'une personne physique est, pour l'application du présent Accord, situé dans l'État où elle a sa résidence permanente et séjourne ordinairement. S'il y a plusieurs lieux répondant à cette définition, le domicile est réputé le lieu où l'intéressé a les liens personnels et économiques les plus importants (centre de ses intérêts vitaux). Si le centre des intérêts vitaux n'est pas déterminable par accord entre les Parties, le domicile est déterminé selon les dispositions du paragraphe 3 ci-dessous.

3. Lorsque les prévisions du paragraphe 2 ci-dessus ne sont réalisées dans aucun des deux États, la personne physique est réputée domiciliée là où elle séjourne le plus longtemps. Aux fins de la présente disposition, une personne physique est réputée avoir pour lieu de séjour durable le lieu où les circonstances font présumer qu'elle ne s'y trouve pas pour un temps seulement. Si une personne physique séjourne de façon durable dans les deux États ou ne séjourne dans aucun, la question est tranchée par voie d'entente entre les autorités administratives supérieures des deux États.

4. Aux fins du présent Accord, le domicile (siège) des personnes morales, des sociétés en commandite par actions ou des groupements de personnes qui ne sont pas constitués en sociétés, est déterminé selon la législation fiscale de chacun des deux États. S'il appert qu'il y a un siège dans chacun des deux États, le domicile est réputé être au lieu du centre de direction.

### *Article 3*

1. Les biens immobiliers (y compris les accessoires, ainsi que le cheptel servant à une exploitation agricole ou forestière) et les revenus qui en proviennent (y compris le revenu des exploitations agricoles ou forestières) ne sont imposés que dans l'État où ces biens sont situés.

2. Les droits régis par les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, tels que les droits d'usufruit sur les biens immobiliers ou les droits à des indemnités variables ou fixes pour l'exploitation de gisements minéraux, puits et autres richesses naturelles (par exemple les redevances perçues sur la production brute de pétrole), ne sont grevés de l'impôt que dans l'État où les biens sous-jacents sont situés.

3. Les créances garanties par gage immobilier ainsi que le revenu qui en découle ne sont soumis à l'impôt que dans l'État où est situé le bien gagé. Cependant, le paragraphe 1 de l'article 2 s'applique :

a) Aux prêts garantis par hypothèque et aux revenus dérivés de ces prêts ;

b) Aux créances garanties par hypothèque auxquelles une entreprise a droit comme il est dit à l'article 4 et aux revenus dérivés de ces créances, à moins que celles-ci ne visent un élément des actifs de l'entreprise dans un lieu d'activité situé dans l'État où se trouve le bien gagé.

4. Les notions de " bien immobilier ", d'" accessoires ", de " droits assimilés à des biens immobiliers " et d'" usufruit " se définissent d'après les lois de l'État où est situé le bien considéré ou le bien sur lequel porte le droit considéré.

#### *Article 4*

1. Les exploitations commerciales, industrielles ou artisanales de tout genre, ainsi que les revenus qui en proviennent, y compris les bénéfices obtenus lors de l'aliénation totale ou partielle de l'exploitation, ne sont imposées que dans l'État sur le territoire duquel l'entreprise a un établissement stable. Il en est ainsi même lorsque l'entreprise étend son activité sur le territoire de l'autre État sans y avoir un tel établissement.

2. Aux fins du présent Accord, est réputée établissement stable une installation permanente de l'entreprise où s'exerce la totalité ou une partie de son activité. Doivent en particulier être considérés comme établissements stables : le siège de l'entreprise, le centre effectif de décision, les succursales, les usines et ateliers, les bureaux de vente, les dépôts de marchandises et les autres lieux d'exploitation commerciale ayant le caractère d'installation permanente, ainsi que les représentations permanentes.

3. Si l'entreprise entretient des établissements stables dans les deux États, chacun d'eux impose seulement la fortune utile à l'établissement stable sis sur son territoire et seulement les revenus obtenus par cet établissement.

4. Les participations actives ou passives à une entreprise constituée en société sont considérés comme des entreprises au sens du paragraphe 1, à l'exception des participations prenant la forme d'actions, de droits miniers (Kuxe), de bons de jouissance ou de papiers-valeurs analogues, ou de parts de sociétés coopératives et de sociétés à responsabilité limitée.

#### *Article 5*

Les entreprises de navigation maritime, intérieure ou aérienne ainsi que les revenus qui en proviennent ne sont imposables que dans l'État où se trouve leur centre effectif de direction.

#### *Article 6*

1. Les revenus des professions libérales exercées par des personnes physiques ayant leur domicile dans l'un des deux États ne sont imposables dans l'autre État que si et dans la mesure où ces personnes y exercent leur activité professionnelle et utilisent une installation stable dont elles disposent de façon régulière.

2. Toutefois, les revenus que les acteurs (théâtre, radio, télévision, films), musiciens, artistes, sportifs, etc., obtiennent dans l'un des deux États par l'exercice indépendant de leur

profession sont imposables dans cet État, que l'intéressé utilise ou non dans ledit État une installation stable servant à l'exercice de sa profession et dont il dispose de façon régulière. En cas de situation difficile, les autorités administratives et supérieures des deux États procèdent selon les dispositions de l'article 14.

3. Les biens immobiliers qui sont placés dans des installations stables et qui servent à l'exercice d'une profession libérale ne sont imposables que dans l'État où se trouvent ces installations.

#### *Article 7*

1. Sous réserve des dispositions des articles 8 et 9, les revenus provenant d'une activité lucrative dépendante (salaires, traitements et rémunérations analogues) ne sont imposés que dans l'État où s'exerce l'activité personnelle dont ils proviennent.

2. Pour l'application des dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, les personnes physiques qui sont employées totalement ou principalement à bord des bateaux ou des aéronefs appartenant à une entreprise de navigation maritime, intérieure ou aérienne de l'un des deux États sont considérées comme exerçant leur activité lucrative dans celui des deux États où se trouve la direction effective de l'entreprise concernée.

3. Lorsqu'une personne physique employée dans l'un des deux États séjourne temporairement, c'est-à-dire pour moins d'un an, sur le territoire de l'autre État, elle n'est pas imposée dans cet autre État à raison du revenu de son travail à condition que son activité lucrative s'exerce pour un employeur qui n'est pas domicilié et qui n'a pas d'établissement stable dans cet État. En tel cas, l'État dans lequel l'intéressé est employé a le droit de l'assujettir à l'impôt.

4. Sous réserve de l'article 8, les retraites, pensions de veuve ou d'orphelin et autres allocations ou avantages appréciables en argent qui sont accordés en raison des services antérieurs d'une personne ayant exercé une activité lucrative dépendante ne sont imposés que dans l'État où le bénéficiaire est domicilié.

5. Les revenus de personnes physiques qui n'exercent pas une activité indépendante, qui sont domiciliées près de la frontière d'un État et qui sont employées près de la frontière de l'autre État sur le territoire duquel elles se rendent chaque jour ouvré (frontaliers), sont imposées dans l'État où elles sont domiciliées. Cependant, l'État où ces personnes sont employées peut prélever sur ledit revenu un impôt de 1% au plus par retenue à la source. Le cas échéant, l'État du domicile déduit cet impôt de l'impôt qu'il perçoit sur le revenu de l'intéressé.

#### *Article 8*

1. Les traitements, salaires, pensions de retraite, pensions de veuve ou d'orphelin et autres rémunérations versés par l'un des deux États à raison de services présents ou passés ou d'activités rémunérées ne sont imposés que dans l'État qui les verse. Il en va de même si la rémunération est versée par une province, un canton, une commune, un groupement de communes ou quelque autre organisme public de l'un ou l'autre État.

2. S'il s'agit de déterminer si un organisme est public, c'est la législation de l'État où cet organisme est constitué qui prévaut.

*Article 9*

1. Les tantièmes, jetons de présence et allocations similaires que les membres de conseils d'administration ou de surveillance de sociétés anonymes, de sociétés en commandite par actions, de sociétés à responsabilité limitée et de sociétés coopératives, ou les gérants de sociétés à responsabilité limitée reçoivent en cette qualité, ne sont imposables que dans l'État où la société qui les verse a son domicile (siège).

2. Les rémunérations que les personnes désignées au paragraphe 1 ci-dessus reçoivent effectivement de la société à quelque autre titre sont imposables selon leur nature, d'après l'article 6 ou d'après l'article 10.

*Article 10*

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 ci-après, chaque État conserve le droit d'imposer les revenus des capitaux mobiliers par voie de retenue à la source, nonobstant le fait que ces revenus ne sont soumis à l'impôt que dans l'État où leur bénéficiaire est domicilié (art. 2 par. 1).

2. Il peut y avoir remboursement de l'impôt sur les revenus des capitaux mobiliers perçus par voie de retenue à la source au bénéfice de la personne qui perçoit ce revenu domiciliée dans l'autre État, dans un délai de deux ans, au vu d'un certificat de domicile officiel, d'une attestation d'imposition sur le revenu et le patrimoine dans l'État où l'intéressé est domicilié ; le montant du remboursement est celui que l'État perceuteur porte au crédit des contribuables qui résident sur son territoire, ce montant devant être d'au moins 5% des revenus des capitaux considérés.

**CHAPITRE III. IMPÔTS SUR LES SUCCESSIONS**

*Article 11*

1. Les biens immobiliers (y compris les accessoires, ainsi que le cheptel servant à une exploitation agricole ou forestière) ne sont soumis aux impôts sur les successions que dans l'État où ils sont situés. Sont applicable par analogie les dispositions des paragraphes 3 et 4 de l'article 3 et du paragraphe du Protocole final concernant l'article 3.

2. Les biens mobiliers qui sont placés dans des exploitations commerciales, industrielles ou artisanales de tout genre ne sont soumis aux impôts sur les successions que dans l'État où les exploitations ont un établissement stable. Sont applicables par analogie les dispositions de l'article 4 et du Protocole final.

3. Les biens mobiliers qui sont placés dans des installations permanentes et qui servent à l'exercice d'une profession libérale dans l'un des deux États ne sont soumis aux impôts sur les successions que dans l'État où se trouvent ces installations.

*Article 12*

1. Les biens de la succession qui échappent à l'application de l'article 11 ne sont soumis aux impôts sur les successions que dans l'État où le défunt avait son domicile au moment de son décès.

2. Le domicile se définit selon les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 2.

*Article 13*

Les dettes qui font partie de la succession sont imputées selon le rapport entre le patrimoine brut relevant de la succession imposable dans chaque État et la totalité du patrimoine brut du défunt.

**CHAPITRE IV. DISPOSITIONS FINALES**

*Article 14*

1. Si un contribuable fait valoir que les mesures prises par les autorités fiscales des deux États lui font subir une imposition contraire aux principes du présent Accord, il est fondé à présenter une réclamation à l'État où il est domicilié. Lorsque cette réclamation est acceptée, l'autorité administrative supérieure de cet État doit, si elle ne veut pas renoncer à sa propre créance fiscale, chercher à s'entendre avec l'autorité administrative supérieure de l'autre État pour obvier de manière équitable à la double imposition.

2. Les autorités administratives supérieures des deux États s'entendent pour supprimer la double imposition dans les cas non réglés par le présent Accord ainsi que dans les cas où l'interprétation ou l'application de celui-ci susciterait doutes ou difficultés.

*Article 15*

Le présent Accord, dressé en langue allemande, est soumis à ratification ; les instruments de ratification seront échangés à Vienne dès que possible.

*Article 16*

Le présent Accord entre en vigueur à la date de l'échange des instruments de ratification ; ses dispositions s'appliqueront pour la première fois :

a) Aux impôts sur le revenu et la fortune qui ne sont pas prélevés au titre de l'alinéa b) ci-dessous et qui concernent la période postérieure au 31 décembre 1954 ;

b) Aux impôts retenus à la source sur le revenu provenant des capitaux mobiliers qui échoient pendant l'année civile 1954 ;

c) Aux impôts sur la succession des personnes qui décèdent après l'échange des instruments de ratification.

*Article 17*

Le présent Accord reste en vigueur aussi longtemps qu'il n'est pas dénoncé par l'un des deux États. Chaque État peut le dénoncer, ou en dénoncer les chapitres II ou III, moyennant un préavis de six mois notifié par voie diplomatique, pour la fin de l'année civile dans laquelle est présentée la dénonciation. En tel cas, les dispositions de l'Accord s'appliquent pour la dernière fois :

- a) Aux impôts sur les revenus et la fortune qui ne sont pas prélevés au titre de l'alinéa b) ci-dessous et qui concernent la période antérieure à l'expiration de l'année civile à la fin de laquelle la dénonciation prend effet ;
- b) Aux impôts retenus à la source sur les revenus des capitaux mobiliers qui sont dus pendant l'année civile à la fin de laquelle la dénonciation prend effet ;
- c) Aux impôts sur les successions des personnes qui décèdent avant la fin de l'année civile à la fin de laquelle l'Accord cesse d'exercer ses effets.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires des deux États ont signé le présent Accord et y ont apposé leur sceau.

Fait à Berne, le 12 novembre 1953

Pour la République d'Autriche :

J. STANGELBERGER

Pour la Confédération suisse :

E. WYSS

## PROTOCOLE FINAL

Lors de la signature de l'Accord conclu ce jour entre la République d'Autriche et la Confédération suisse en vue d'éviter les doubles impositions dans le domaine des impôts sur le revenu et sur la fortune, les plénipotentiaires soussignés ont donné les déclarations concordantes qui suivent et qui font partie intégrante de l'Accord :

### Ad article 1

1. La liste des impôts auxquels s'applique le présent Accord qui figure dans les annexes I et II n'est pas absolue. Pour mettre ces annexes à jour, les autorités administratives supérieures des deux États, à savoir le Ministère fédéral des finances de l'Autriche et le Département fédéral des finances et des douanes (administration fiscale) de la Suisse, se communiquent à la fin de chaque année les modifications apportées à la législation fiscale de leur pays.

2. Les autorités administratives supérieures des deux États s'entendent pour éclairer les doutes qui pourraient s'élever quant aux impôts auxquels doit s'appliquer l'Accord.

### 3. L'Accord ne s'applique pas :

a) Aux impôts retenus à la source sur les gains faits dans les loteries ;

b) Aux impôts sur les cessions entre vifs qui prennent la forme de dons ou de donations ayant un but précis et qui ne sont pas soumis à l'impôt sur les successions ; cela sans préjudice du paragraphe 2 de l'article 14.

4. Les dispositions de l'Accord ne limitent pas les avantages dont les contribuables bénéficient en vertu de la législation de chacun des deux États ou sur la base d'accords internationaux.

### Ad article 2

1. Chacun des deux États se réserve le droit de percevoir un impôt sur les biens mobiliers grevant l'usufruit, selon sa propre législation fiscale. Si cette mesure a pour résultat une double imposition, les autorités administratives supérieures s'entendent dans chaque cas.

2. Les revenus provenant de l'aliénation ou de l'octroi de licences pour l'utilisation de droits d'auteur dans les domaines littéraire, musical et artistique ainsi que dans le domaine industriel (brevets, marques, échantillons et modèles, constructions techniques, procédés et expériences techniques, formules, recettes, etc.) sont imposés selon les dispositions de l'article 4, comme le prévoit le paragraphe 1 de l'article premier. Cette disposition s'applique également aux patrimoines constitués de tels droits.

3. Les dispositions du paragraphe 2 s'appliquent à la rémunération tirée de la distribution de films dans la mesure où cette rémunération en Suisse n'est pas soumise à une retenue à la source en ce qui concerne l'Autriche.

4. Lorsqu'un contribuable a transféré définitivement son domicile d'un État dans l'autre, il cesse d'être assujetti dans le premier État aux impôts pour lesquels le domicile fait règle dès la fin du mois civil au cours duquel le changement de domicile a lieu. L'assujettissement dans l'autre État aux impôts pour lesquels le domicile fait règle commence au plus tôt au début du mois civil suivant le changement de domicile.

5. Les étudiants, apprentis et stagiaires qui ne séjournent dans l'un des deux États que pour leurs études ou leur formation ne sont soumis à aucune imposition dans cet État en ce qui concerne les sommes qui leur sont allouées par des proches, des programmes de bourses ou des institutions semblables ayant leur domicile ou leur siège dans l'autre État pour subvenir à leur entretien, à leurs études ou à leur formation.

6. Les personnes domiciliées dans l'un des deux États peuvent néanmoins être assujetties à l'impôt dans l'autre État si elles entretiennent dans cet autre État un foyer pendant au moins trois mois par an. L'impôt s'applique au prorata de la durée de leur séjour et n'est pas assis sur l'ensemble du patrimoine et des revenus du contribuable : il ne porte que ce qui peut être considéré proprement comme les dépenses afférentes à ce séjour. Pour obvier au risque de double imposition, les dispositions du paragraphe 2 de l'article 14 s'appliquent le cas échéant.

#### **Ad articles 2 à 9**

1. Les revenus qui, d'après les dispositions de l'Accord, sont soumis à l'imposition dans l'un des deux États ne peuvent pas être imposés dans l'autre État, même par voie de retenue à la source. Cette disposition s'applique sans préjudice des dispositions du paragraphe 5 de l'article 7, de l'article 10 et du paragraphe 3 Ad article 2 du Protocole final.

2. L'Accord ne limite pas le droit des deux États de calculer au taux correspondant à l'ensemble du revenu ou à l'ensemble de la fortune du contribuable les impôts assis sur les éléments du revenu ou de la fortune qui sont réservés à leur imposition exclusive.

#### **Ad Article 3**

1. Les dispositions de l'article 3 s'appliquent non seulement aux revenus provenant de la gestion et de la jouissance directes de biens immobiliers, mais aussi à ceux qui sont obtenus par location, affermage ou toute autre forme de jouissance de ces biens. La même règle s'applique aux indemnités fixes ou variables versées pour l'exploitation de gisements minéraux, de sources et autres richesses naturelles ; elle s'applique aussi aux revenus obtenus lors de l'aliénation de biens immobiliers, le cas échéant avec les accessoires compris dans l'aliénation ou le cheptel servant à une exploitation agricole ou forestière et compris dans l'aliénation.

2. Les règles de l'article 3 s'appliquent aussi aux biens immobiliers des entreprises visées par le paragraphe 1 de l'article 4.

#### **Ad article 4**

1. Les chantiers de construction installés pour réaliser un ouvrage déterminé et ne servant qu'à cette fin ne constituent pas un établissement stable si cette réalisation ne dure pas plus de deux ans.

2. N'est pas compris dans la notion d'établissement stable au sens de l'article 4 le fait de n'avoir des relations d'affaires que par un représentant qui est absolument indépendant et agit en sa propre qualité et en son propre nom (agent commercial, courtier, etc.). Ne constitue pas non plus un établissement stable le fait d'avoir un représentant qui, bien que travaillant constamment sur le territoire d'un État pour une entreprise de l'autre État, n'est cependant qu'un simple intermédiaire et n'a pas l'autorisation de conclure des affaires au nom et pour le compte de celui qu'il représente (intermédiaire).

3. Une entreprise n'est pas réputée disposer d'un établissement stable dans l'État où elle emploie un représentant au sens du paragraphe 2 du simple fait que ce représentant a un stock d'échantillons, un stock en consignation ou un stock de livraison de cette entreprise, à moins que les commandes reçues par l'agent intermédiaire (paragraphe 2) soient en règle générale expédiées d'un entrepôt qu'il administre.

4. Le dépôt de marchandises par une entreprise de l'un des États auprès d'une entreprise de l'autre État en vue de leur transformation et de leur réexpédition, de même que leur transformation et leur réexpédition par celui qui les transforme, ne constituent pas un établissement stable de l'entreprise mandante au sens du paragraphe 2 de l'article 4. Mais, même en ce cas, il y a établissement stable de l'entreprise mandante si celle-ci entretient un lieu d'activité permanent auprès de celui qui transforme.

5. La participation à une entreprise ayant la forme de société, qui résulte de la possession d'actions, parts de droits miniers (Kuxe) de bons de jouissance et de papiers-valeurs analogues, ainsi que de parts de sociétés coopératives et de sociétés à responsabilité limitée, ne constitue pas un établissement stable pour le participant, même si cette participation lui confère une influence sur la direction de l'entreprise (par exemple relation entre société mère et société filiale).

6. S'il existe dans les deux États des établissements stables au sens du paragraphe 3 de l'article 4, une partie convenable des frais généraux du siège principal est imputée sur les résultats des divers établissements stables. À cette fin, lors de la détermination du bénéfice d'un établissement stable, la déduction de toutes les dépenses qui peuvent être équitablement attribuées à l'établissement stable, y compris les frais de gestion et d'administration générale, est admise.

7. Les biens et bénéfices d'une société d'assurance qui a des établissements stables dans les deux États sont répartis, eu égard au paragraphe 6 ci-dessus, selon la proportion qui existe entre le revenu brut des primes de l'établissement stable et le revenu brut total des primes de l'entreprise.

8. Le revenu soumis à l'impôt ne peut être plus important que le montant des bénéfices que l'établissement stable tire des activités industrielles, commerciales ou manufacturières, y compris, le cas échéant, des bénéfices ou intérêts découlant indirectement de l'établissement stable ou répartis ou dévolus aux actionnaires, aux autres détenteurs d'intérêts ou à leurs proches en conséquence de prêts spéciaux ou de quelque bénéfice qui n'aurait pas été accordé à d'autres.

9. Lorsqu'une entreprise établie dans l'un des deux États, du fait de sa participation à la gestion ou au capital d'une entreprise établie dans l'autre État, accorde ou impose à cette dernière, dans leurs relations commerciales ou financières, des conditions différentes de celles qui seraient faites à une tierce entreprise, tous les bénéfices qui auraient dû normalement figurer dans le bilan de l'une des entreprises mais qui ont été ainsi transférés à l'autre entreprise, peuvent, sous réserve des voies de droit applicables et de la procédure amiable prévue à l'article 14, être ajoutés aux bénéfices de la première entreprise qui sont soumis à l'imposition.

10. Les autorités administratives supérieures peuvent convenir, dans chaque cas d'espèce ou pour certains groupes de cas, d'arrangements particuliers concernant le partage de la compétence fiscale selon le paragraphe 3 de l'article 4.

Ad article 5

1. Les dispositions fixées à l'article 5 s'appliquent aussi à l'entreprise de navigation maritime, intérieure ou aérienne qui assure à titre professionnel le transport de passagers ou de marchandises. Cette règle ne vaut que pour les activités ayant un rapport immédiat avec l'expédition, le transport aérien ou le service de collecte.

2. Les mêmes dispositions s'appliquent aux entreprises de transport aérien des deux États qui agissent en partenariat dans un groupe ou une co-entreprise.

Ad article 6

1. Par profession libérale, on entend toute activité lucrative indépendante, telle que celle qui est exercée dans le domaine des sciences, des beaux-arts, des belles-lettres, de l'enseignement ou de l'éducation, ainsi que celle des médecins, avocats, architectes, ingénieurs, experts comptables, conseillers fiscaux et agents de brevets.

Ad Article 10

1. L'expression " revenus de capitaux mobiliers " s'applique tant aux recettes provenant de papiers-valeurs (tels qu'obligations d'emprunt, obligations participant aux bénéfices et autres obligations garanties ou non par gage immobilier, lettres de gage, titres hypothécaires, actions, parts de droits miniers (Kuxe), actions de jouissance, bons de jouissance, parts de fondateurs ou autres parts sociales sous forme de papiers-valeurs) qu'à celles qui proviennent de prêts (garantis ou non par gage immobilier), dépôts, cautions en espèces ou autres avoirs en capital, ainsi que de parts de sociétés coopératives et de sociétés à responsabilité limitée.

2. Un impôt sur les revenus de capitaux mobiliers est considéré comme retenu à la source au sens de l'article 10 si le débiteur du revenu l'acquitte au débit du bénéficiaire de ce revenu.

3. La demande de dégrèvement prévue au paragraphe 2 de l'article 10 doit être présentée dans les deux ans. Ce délai est réputé respecté si la demande parvient à l'autorité compétente de l'État où le requérant est domicilié dans les deux ans suivant l'expiration de l'année civile en laquelle est échue la prestation soumise à l'impôt.

4. Les autorités administratives supérieures des deux États s'informent réciproquement des procédures de dégrèvement, en ce qui concerne notamment la forme des demandes et des attestations requises, la nature des pièces justificatives à produire ainsi que les mesures à prendre pour éviter les demandes abusives.

5. Les droits accordés selon le paragraphe 2 de l'article 10 aux membres des représentations diplomatiques ou consulaires ainsi qu'aux organisations internationales, à leurs organes et à leurs fonctionnaires, sont régis par les règles suivantes :

a) Quiconque faisant partie d'une représentation diplomatique ou consulaire de l'un des deux États réside dans le second État ou dans un État tiers et possède la nationalité de l'État qui l'envoie, est considéré comme domicilié dans ce dernier État s'il y est astreint au paiement d'impôts sur les capitaux mobiliers et les revenus qui en proviennent et si les revenus sont soumis dans l'autre État à un impôt perçu par voie de retenue à la source ;

b) Les organisations internationales, leurs organes et leurs fonctionnaires ainsi que les membres du personnel des représentations diplomatiques ou consulaires d'un État tiers qui

sont domiciliés ou résident dans l'un des deux États et y sont exonérés des impôts sur les capitaux mobiliers et les revenus qui en proviennent n'ont pas droit au dégrèvement des impôts perçus dans d'autres États par voie de retenue à la source.

6. L'État qui perçoit l'impôt retenu à la source ouvre aux personnes qui en demandent le dégrèvement les mêmes voies de droit qu'à ses propres contribuables.

7. Le droit au dégrèvement des impôts retenus à la source accordé par la législation de l'État qui perçoit les impôts n'est pas touché. Il s'exerce exclusivement d'après la législation de l'État perceuteur.

Ad articles 11 et 12

Le présent Accord ne limite pas le pouvoir qu'ont les deux États de calculer les impôts sur les successions sur la partie de la succession sur laquelle ils ont compétence fiscale exclusive selon le taux qui s'appliquerait à l'ensemble de la succession ou de la mutation entraînée par le décès et qui est soumise à l'impôt dans chacun d'eux.

Ad article 14

1. La demande visée au paragraphe 1 de l'article 14 peut être présentée même si le contribuable a épousé toutes les voies de recours qui lui sont offertes ; le contribuable ne peut être forcés à recourir à toutes les voies de droit qui lui sont offertes par le fait qu'il aurait présenté une telle demande.

2. La réclamation envisagée au paragraphe 1 de l'article 14 doit en règle générale être formulée par le contribuable dans l'année qui suit l'expiration de l'année civile en laquelle il a été mis au fait de la double imposition, soit par les avis d'imposition, soit par d'autres décisions officielles qui lui auraient été notifiées.

Ad article 16

La règle fixée au point II du Protocole du 17 août 1946 concernant les négociations économiques austro-suisses en vue d'éviter les doubles impositions dans les relations austro-suisses expire au moment de l'entrée en vigueur des dispositions de l'Accord.

Fait à Berne, le 12 novembre 1953

Pour la République d'Autriche :

J. STANGELBERGER

Pour la Fédération suisse :

E. WYSS

## APPENDICE I

### *(Législation fiscale autrichienne)*

L'Accord vise en particulier les impôts autrichiens suivants :

#### A. Impôts fédéraux

- a) Impôt sur le revenu des personnes physiques (y compris impôts sur le revenu perçus par retenue à la source) ;
  - b) Impôt sur les bénéfices des sociétés et autres personnes morales (y compris impôts perçus par retenue à la source)
  - c) Impôts fonciers (y compris les contributions foncières) ;
  - d) Contributions aux coûts d'occupation assises sur le revenu et le patrimoine, ainsi que la contribution à la reconstruction assise sur le revenu ;
  - e) Taxe du Conseil de surveillance ;
  - f) Impôt sur les successions.
- #### B. Impôts des provinces et communes :
- a) Impôts fonciers ;
  - b) Impôt commercial.

## APPENDICE II

### *(Législation fiscale suisse)*

L'Accord vise en particulier les impôts suisses suivants :

A. Impôts fédéraux

- a) Impôts pour la défense ;
- b) Droits de timbre sur les coupons ;
- c) Droit de compensation ;
- d) Taxe de retrait sur les versements des polices d'assurance-vie.

B. Impôts des cantons, districts, Kreise et communes :

- a) Impôts sur le revenu (bénéfice, revenus fonciers, revenus commerciaux, etc.) ;
- b) Impôts sur la fortune (patrimoine total, biens mobiliers et immobiliers, biens commerciaux, etc.) et sur les capitaux ;
- c) Impôts sur les successions (impôts sur l'héritage et les droits de succession).